

**Krankenkassen kritisieren teure Gesundheitspolitik  
Verband wirft Koalition vor, für steigende Zusatzbeiträge verantwortlich zu sein**

Berlin, 18.12.2015. Die gesetzlichen Krankenkassen machen die große Koalition dafür verantwortlich, dass die Kassenbeiträge zum Jahreswechsel deutlich steigen. „Die Gesetze der Koalition im vergangenen Jahr belasten die Krankenkassen zusätzlich. Auch deshalb muss der Zusatzbeitrag steigen“, sagte die Vorstandschefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer, den Zeitungen der FUNKE Mediengruppe (u.a. Westdeutsche Allgemeine, Hamburger Abendblatt, Berliner Morgenpost etc.). Am heutigen Freitag entscheiden zwei große gesetzliche Kassen mit zusammen mehr als 11 Millionen Mitgliedern, die Barmer GEK und die DAK, über die Höhe des Zusatzbeitrags im nächsten Jahr.

Zwar würden die Beitragseinnahmen der Kassen wegen der guten Konjunktur steigen, die Ausgaben stiegen aber seit Jahren noch stärker, sagte Pfeiffer. Die jüngsten Gesetze der Bundesregierung hätten diese Entwicklung verschärft. Die Krankenkassen würden das Jahr 2015 im Minus abschließen. Weitere Beitragssteigerungen seien absehbar.

Die Verbandschefin kritisierte vor allem die jüngste Krankenhausreform von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU). Diese Reform sei unter den beschlossenen Gesetzen am teuersten gewesen. „Die Qualität der Kliniken soll sich verbessern, aber das wirkt – wenn überhaupt – nur langfristig. Kurzfristig zahlen die Versicherten für dieselbe Leistung einfach mehr Geld“, sagte Pfeiffer. Sie bezweifle, dass die Kostensteigerung einen angemessenen Nutzen bringe. Auch andere Gesetze des Ministers wie das Präventionsgesetz oder das Hospiz- und Palliativgesetz kosteten zusätzlich Geld.

Nach Berechnungen des Kassenverbands wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag in drei Jahren, also zum Jahr 2019, bei 1,8 Prozent liegen. Mindestens würden der Zusatzbeitrag aber 1,4 Prozent betragen, so Pfeiffer. Sie forderte den Bundesgesundheitsminister auf, im kommenden Jahr etwas gegen die hohen Arzneimittelausgaben zu unternehmen. Nach wie vor könnten Hersteller im ersten Jahr nach Einführung eines Präparats einen beliebig hohen Preis fordern. „Wenn dann Preisverhandlungen mit den Kassen stattgefunden haben, sollte dieser Preis auch rückwirkend gelten und nicht erst nach einem Jahr“, verlangte Pfeiffer. Die Krankenkassen würden dann für dieses erste Jahr eine Rückerstattung bekommen, was die Kosten spürbar senken würde: „Das muss nächstes Jahr Thema sein“, forderte Pfeiffer.

Auch die Gesundheitspolitikerin der Grünen im Bundestag, Maria Klein-Schmeink, warf der großen Koalition vor, den Beitragssatz der Krankenkassen auf den bisher höchsten Wert getrieben zu haben: „Wir haben den teuersten Gesundheitsminister aller Zeiten“, sagte sie den Zeitungen der FUNKE Mediengruppe. Klein-Schmeink fordert: „Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist mehr als überfällig.“

**Es folgt das autorisierte Interview mit Verbandschefin Doris Pfeiffer im Wortlaut:**

Frau Pfeiffer, der Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen steigt nächstes Jahr um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte auf 1,1 Prozent vom Bruttolohn. Das erwartet der Schätzerkreis beim Bundesversicherungsamt. Ist das realistisch?

Doris Pfeiffer: Wie stark der Zusatzbeitrag im Einzelfall steigen wird, entscheidet jede Kasse selbst. Es deutet sich an, dass der tatsächliche durchschnittliche Anstieg eher über 0,2 Prozentpunkten liegen wird.

Die Kassen sitzen auf Milliardenreserven – trotzdem muss der Zusatzbeitrag steigen. Wie passt das? Wir haben einige Jahre höhere Einnahmen als Ausgaben gehabt – daraus sind die Reserven entstanden. Die Reserven der Kassen sinken nun wieder, weil sie – richtigerweise – zur Finanzierung der laufenden Ausgaben eingesetzt werden. Alle Kassen werden das beim Beitragssatz angemessen berücksichtigen.

Wie ist die derzeitige Situation?

Die Krankenkassen werden das Jahr 2015 mit einem Minus abschließen. Im Gesundheitsfonds beträgt das Defizit nach den ersten drei Quartalen fünf Milliarden Euro. Grundsätzlich entwickeln sich Einnahmen und Ausgaben immer stärker auseinander. Die Beitragseinnahmen der Kassen steigen wegen der guten Konjunktur, aber seit Jahren steigen die Ausgaben noch stärker. Außerdem hat die Koalition im ablaufenden Jahr zahlreiche Gesetze beschlossen, die zusätzliche Ausgaben verursachen. Es ist nicht überraschend, dass der Zusatzbeitrag steigen muss.

Wie werden sich 2016 Einnahmen und Ausgaben entwickeln?

Realistisch wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag in drei Jahren, also zum Jahr 2019 bei 1,8 Prozent liegen. Selbst vorsichtig gerechnet werden es 1,4 Prozent sein. Es hat bereits eine politische Diskussion eingesetzt, ob das noch tragbar ist und ob die Arbeitnehmer das allein tragen sollen. Auch ein zusätzlicher Steueranteil für die versicherungsfremden Leistungen wird sicher diskutiert werden.

Hat die Koalition die Entwicklung verschärft?

Ja. Die Gesetze der Regierungskoalition im vergangenen Jahr belasten die Krankenkassen zusätzlich. Auch deshalb muss der Zusatzbeitrag steigen. Am teuersten war die Krankenhausreform. Auch das Präventionsgesetz, das Hospiz- und Palliativgesetz, eHealth-Gesetz - sie alle enthalten Regelungen, die zusätzlich Geld kosten.

Der Gesundheitsminister sagt, die Beitragssteigerung koste einen Durchschnittsverdiener etwa so viel wie eine halbe Kinokarte. Wenig Geld für viel Leistung also?

Ich finde nicht, dass das wenig Geld ist. Die Versicherten zahlen schon jetzt viel für ihre Krankenversicherung. Ich habe meine Zweifel, dass die Kostensteigerung einen angemessenen Nutzen bringt. Bestes Beispiel ist die Krankenhausreform. Die Qualität der Kliniken soll sich verbessern, aber das wirkt - wenn überhaupt - langfristig. Kurzfristig zahlen die Versicherten für dieselbe Leistung einfach mehr Geld. Aus Beitragsgeldern sollen 500 Millionen Euro für Strukturveränderungen bei den Kliniken ausgegeben werden. Aufgrund der beschlossenen Krankenhausreform besteht die große Gefahr, dass die Gelder einfach in den Kliniken versickern. Verfassungsrechtlich problematisch finde ich, dass die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, eine Bundesbehörde, 35 Millionen Euro aus den Portemonnaies der Beitragszahler bekommen wird.

Wie hätte der Minister die Kostensteigerung verhindern können?

Spargesetze zu beschließen ist immer schwierig, wenn die Kassen vergleichsweise voll sind. Wir Krankenkassen hätten uns mit Blick auf die Zukunft gewünscht, dass die Ausgaben nicht noch zusätzlich unnötig erhöht worden wären.

Wo hätte man sparen können?

Die Beitragszahler würden besser dastehen, wenn die Krankenhäuser nicht so viel Geld ohne Gegenleistung bekommen hätten. Es gibt auch Handlungsbedarf bei Arzneimitteln: Nach wie vor können die Hersteller im ersten Jahr für neue Präparate jeden denkbaren Preis fordern. Wenn dann Preisverhandlungen stattgefunden haben, sollte dieser Preis auch rückwirkend gelten und nicht erst nach

einem Jahr. Die Krankenkassen würden eine Rückerstattung vom Hersteller bekommen. Das würde die Kosten spürbar senken. Das muss nächstes Jahr das Thema sein.